

# Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von NETZ e. V. und der Redaktion SÜDASIEN

## Awami League geht für Hindus auf die Straße

Mitte Oktober berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, dass die Regierungspartei ihre Anhängerschaft aufgerufen hatte, für den Schutz von Hindus auf die Straße zu gehen. Tausende von Mitgliedern der *Awami League* hielten Kundgebungen zur Unterstützung der bedrängten Hindu-Minderheit des Landes ab, nachdem es in dem mehrheitlich muslimischen Land zu einem Ausbruch kommunaler Gewalt gekommen war. Die Hindu-Bevölkerung umfasst ungefähr zehn Prozent der 170 Millionen Einwohner/-innen in Bangladesch. Laut lokalen Medien hatten am 15. Oktober Hunderte von Muslimen im südöstlichen Distrikt Noakhali Hindus wegen eines angeblichen blasphemischen Vorfalls angegriffen. Gerüchte hatten die tagelange Gewalt ausgelöst, wonach in einem hinduistischen Tempel während eines religiösen Festes gegen den Islam gelästert worden sei. Mehrere religiöse Stätten der Hindus wurden verwüstet, Häuser attackiert und mindestens sechs Menschen kamen ums Leben. Laut Polizei wurden 450 Personen festgenommen. In Dhaka marschierten Tausende entlang einer vier Kilometer langen Strecke im Herzen der Stadt und forderten ein Ende der Gewalt. Auf Plakaten waren über die Hauptstadt verteilt Aufrufe zum Frieden zu lesen.

## Destabilisierung von Bangladesch

Als wenig entgegenkommend erwies sich hingegen die indische Unionsregierung. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht von 2019 (*Citizenship Amendment Act*) und die Registrierung der nach Indien eingewanderten Migrant(inn)en (*National Register of Citizens*) verursachten Turbulenzen auch in der Außenpolitik selbst bei freundlich gesonnenen Regierungen wie Bangladesch. Ein Kommentar für das Nachrichtenportal *Asia Times* vom 8. November schrieb von der offenen Diskriminierung aller, die etwa aus Bangladesch kommend in Assam als Muslime eingeordnet wurden. In der Folge sagten hochrangige Mitglieder des Kabinetts der Regierung in Dhaka geplante Besuche in Indien ab. Bangladesch wurde ebenso von Gewalt erschüttert, die sich unter anderem gegen einen Hindu-Tempel richtete, als Modi im März dieses Jahres zu Besuch kam. Im Gegensatz zu ihrem indischen Amtskollegen verurteilte jedoch die

Regierungschefin Sheikh Hasina die Gewalt öffentlich und wies die Polizei an, die Täter zu verhaften. Sie nutzte allerdings die Gelegenheit, mit dem Finger über die Grenze zu zeigen und zu konstatieren, dass anti-muslimische Rhetorik und Gewalt in Indien die Ursache für die anti-hinduistische Gewalt sei. Dies ist insofern richtig, als das Bestreben der Modi-Regierung, Indien in einen hinduistischen Mehrheitsstaat zu formen, die prekäre Lage der Hindu-Minderheit in Bangladesch verschlechtert. Es gibt genügend mächtige Kräfte in Bangladesch, die eine solche Gelegenheit gerne nutzen. Sollte Indiens Unionsregierung weiter das soziale Klima durch anti-muslimische Gewalt und Rhetorik vergiften, würde dies Sheikh Hasinas Gegnern den Vorwand liefern, ihre Regierung durch Angriffe auf die hinduistische Minderheit in Bangladesch zu schwächen und das Land tatsächlich destabilisieren.

## Klimagipfel mit Blick auf Bangladesch

Die Ergebnisse der Weltklimakonferenz im schottischen Glasgow überzeugen nicht. Die jetzt schon von den Folgen des Klimawandels schwer betroffenen Länder äußerten ihren Unmut über verpasste Chancen. So war während der Konferenz deutlich geworden, dass die Industrieländer ihre Zusage nicht eingehalten hatten, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel bereitzustellen. Der Klimaexperte Saleemul Huq aus Bangladesch kommentierte: „Meiner Meinung nach ist diese Einigung das absolute Versagen. (...) Das ist ein Todesurteil für die Ärmsten auf diesem Planeten. Die größten Verschmutzer sagen: „Zur Hölle mit euch, ihr seid uns egal, von uns bekommt ihr keinen Pfennig.“ Die Konferenzbeschlüsse fordern die Industrieländer zwar „dringend“ auf, ihre Zusage von jetzt an und über 2025 hinaus einzuhalten. Aber wer soll dem Glauben schenken? Außerdem gab es keine Einigung, der zufolge die Industriestaaten die Fehlbeträge der vergangenen Jahre hätten ausgleichen müssen. Enttäuscht waren die Delegierten aus Ländern wie Bangladesch auch darüber, dass der Wortlaut in der Abschlusserklärung in Bezug auf den weltweiten Kohleausstieg auf Betreiben von China und Indien kurzfristig geändert worden war. Kohle aber ist einer der wesentlichen Emittenten von CO<sub>2</sub>-Gasen.